



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 25.02.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Dienstag, 2. März 2021, um 17:00 Uhr,
Ortsverwaltung Dotzheim / Haus der Vereine, Saal im EG, Im Wiesengrund 14,
65199 Wiesbaden-Dotzheim

ACHTUNG GEÄNDERTER SITZUNGSORT

HINWEIS: Im Haus der Vereine sind keine Getränke verfügbar.
Bitte eigene Getränke mitbringen!

HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, während der
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

1. Geschäftsordnungsangelegenheiten

1.1 Tagesordnung

1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.12.2020

Bereich Wirtschaft:

2. 21-F-05-0019

Restart aus dem Lockdown - Unterstützungsmaßnahmen für den Wiesbadener Einzelhandel

- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -

Die Schließung des Einzelhandels durch die hessische Landesregierung aus Gründen des öffentlichen Gesundheitsschutzes hat viele Geschäfte in der Innenstadt in die Existenznot gebracht. Auch wenn Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens zur Eindämmung der Pandemie sinnvoll sein können, besteht für den Staat eine besondere Verantwortung zu Hilfs- und Unterstützungsleistungen für die Betroffenen. Dem verhängten Lockdown fiel das wichtige Weihnachtsgeschäft zum Opfer. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat ein besonderes Interesse am Fortbestehen der Wiesbadener Einzelhandelsgeschäfte, die nicht nur in Leben und Kunden in die Innenstadt, sondern auch Steuereinnahmen bringen. Nachdem bereits das Wiesbadener Unterstützungsprogramm für das Weihnachtsgeschäft im Rhein-Main-Vergleich kümmerlich ausfiel und aufgrund des Lockdowns vorzeitig beendet werden musste, erwarten die Gewerbetreibenden nun zurecht mehr Anstrengungen vom Magistrat.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss die Planungen des Magistrats zur Unterstützung des Wiesbadener Einzelhandels nach der Aufhebung des Öffnungsverbotes für den Einzelhandel vorzustellen und inwiefern diese sich seit den Erkenntnissen aus dem Dezember weiterentwickelt haben.
2. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss und den betroffenen Wirtschaftsteilen eine verlässliche und planbare Öffnungsperspektive in Abhängigkeit der pandemischen Entwicklung aufzuzeigen, um den Unternehmen die dringend benötigte Planungssicherheit zu geben.

3. 20-F-07-0003

ANLAGE

Dringlichkeitsantrag der BLW-Fraktion „ Lichtinstallation Luisenplatz “ nach §42 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden zur Sitzung am 10.12.2020

- Überweisungsbeschluss Nr. 521 der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2020 -

4. 19-F-01-0014

ANLAGE

Gemeinsam umwelt- und klimafreundlich feiern - Die Landeshauptstadt als Partnerin der Vereine und Verbände.

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2019 -
- Beschluss Nummer 98 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 22.10.2019 -
- Protokoll der 3. Sitzung der Projektgruppe mit einem Beschlussvorschlag und 2 Anlagen -

5. 19-F-03-0022

ANLAGE

Umwelt- und klimafreundlich feiern - Nachhaltigkeitskonzept für Wiesbadener Feste

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.09.2019 -
- Beschluss Nummer 97 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 22.10.2019 -
- Protokoll der 3. Sitzung der Projektgruppe mit einem Beschlussvorschlag und 2 Anlagen -

Bereich Beschäftigung:

6. 21-F-08-0018

Bereitstellung eines Beratungsangebots für Beschäftigte in Homeoffice

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

Bereits in der Reportage "Frauen in Zeiten von Corona", der auf Initiative des Kommunalen Frauenreferats entstand, wurde deutlich, welchen großen Belastungen die Menschen in Beschäftigung durch die Corona-Pandemie ausgesetzt sind.

Hier ging es insbesondere um Frauen, aber alle abhängig Beschäftigten standen und stehen immer noch vor besonders großen Herausforderungen, insbesondere weil ein Ende der Pandemie nicht absehbar ist. Online-Vorträge und Online Angebote stellt z. B. das Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit zur Verfügung. Dennoch ist der Bedarf an individueller Beratung groß. Für die einzelnen ist es immer schwieriger, sich über die sich ständig verändernden Bedingungen bei zunehmender Alltagsbelastung zu informieren, z.B. bei den Regelungen zum Anspruch auf zusätzliche Kinderbetreuungstage, bei der Einrichtung eines Homeoffice-Platzes, oder was mobiles Arbeiten bedeutet. Die Beschäftigten brauchen Auskunft darüber, wo sie entsprechende Beratung und Unterstützung finden können. Beschäftigte sind bei anhaltender Pandemie zunehmend von Arbeitsplatzverlust oder auch Abdrängen in Teilzeitbeschäftigung bedroht. Hier ist auch die Kommune in der Pflicht, ein Beratungsangebot für die verschiedenen Lebenslagen zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Maßnahmen er ein ämterübergreifendes Angebot zur Beratung von Beschäftigten zum "Arbeiten in Corona-Zeiten" zur Verfügung stellen kann.

Bereich Frauen:

7. Kostenlose Monatshygieneprodukte

7.1 21-F-21-0008

Kostenlose Hygieneprodukte in öffentlichen Gebäuden

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -

Periodenarmut heißt, sich Hygieneprodukte während der Periode nicht leisten zu können. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. Für Frauen, die nur wenig Geld zum Leben haben, ist das eine erhebliche Belastung. Das Tampons und Binden auf öffentlichen Toiletten - genau wie Toilettenpapier -kostenfrei zur Verfügung stehen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein, denn nicht alle Frauen und Mädchen haben während ihrer Periode Zugang zu Menstruationsprodukten. Niemand sollte aufgrund der Menstruation, die für viele ohnehin mit Schmerzen und anderen negativen Gefühlen verbunden ist, zusätzlich Stress, finanzielle oder soziale Nachteile erfahren. Gerade bei Mädchen und jungen Frauen kommt die Periode unregelmäßig und somit oft überraschend. Während Toilettenpapier vorhanden ist, müssen Menstruationsartikel mitgebracht werden. Dabei ist die Periode ein natürlicher Vorgang und sollte bei der Ausstattung der Damentoiletten gleich mitgedacht werden.

ALG II-Empfänger etwa erhielten 2020 monatlich 16,42 Euro für Gesundheitspflege, unabhängig vom Geschlecht. Wer davon Tampons und Binden bezahlen muss, hat nicht mehr viel Geld für Cremes, Shampoo und Medikamente übrig. Der Antrag des Jugendparlaments (Jupa) im Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung ist bereits im Februar 2020 angenommen worden. Er hatte die Bereitstellung kostenloser Monatshygiene an allen öffentlichen Toiletten zum Ziel.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Gibt es konkrete Planungen, dass es zukünftig kostenlose Hygieneprodukte in öffentlichen Gebäuden geben kann? Wenn ja, wie sehen die aus?
2. Wurden Möglichkeiten geprüft, die vom Jupa und dem Stadtschülerrat ins Leben gerufene Spendenboxen seitens der Stadt zu unterstützen bzw. weiter zu führen?

7.2 21-F-08-0017

Kostenlose Ausgabe von Monatshygieneartikeln in allen öffentlichen Einrichtungen, insbesondere in den weiterführenden Schulen

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

Das Pilotprojekt am Diltheygymnasium ist eine gute Initiative, dem Beispiel einer gesetzlichen Regelung in Schottland folgend, der "Periodenarmut " durch kommunales Handeln ein Ende zu setzen. Insbesondere für Mädchen und Frauen mit geringem Einkommen darf der Mangel an Monatshygieneartikeln nicht den Alltag einschränken und zu zusätzlichen Belastungen führen. Deshalb finden wir die Initiative des Jugendparlaments, die Sache in die Hand zu nehmen, sehr wegweisend und dies sollte für alle Mädchen und Frauen in Wiesbaden auf den Weg gebracht werden. Die Bereitstellung dieser Produkte ist insbesondere in der anhaltenden Corona-

Pandemie ein wichtiges politisches Signal für die Gesundheit von Mädchen und Frauen in unserer Stadt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss begrüßt die Initiative des Jugendparlaments und unterstützt den Antrag des Jugendparlaments, "alle weiterführenden Schulen Wiesbadens mit Menstruationsprodukten und entsprechenden Aufbewahrungsmöglichkeiten auszustatten und diese zu finanzieren."
2. Der Magistrat möge einen Vorschlag erarbeiten, wie erreicht werden kann, dass in allen öffentlichen Einrichtungen Monatshygieneartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.

7.3 21-J-42-0002

ANLAGE

Menstruationsprodukte an Wiesbadener Schulen

- Beschluss Nr. 9 des Jugendparlaments vom 02.02.2021 in Verbindung mit Nr. 19 vom 09.02.2021 -

8. 21-F-21-0010

Corona-Sonderförderung für Mädchen- und Fraueneinrichtungen bzw. Beratungs- und Anlaufstellen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2021 -

Wie aus dem Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Bereich Kultur ersichtlich ist (SV 21-V-41-0004), soll das Frauenmuseum € 25.000 als Corona-Sonderförderung/Ausfallbürgschaft erhalten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob auch Einrichtungen für Frauen und Mädchen wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie finanzielle Engpässe haben.

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie stellt sich die aktuelle finanzielle Situation der Wiesbadener Mädchen- und Fraueneinrichtungen dar?
2. Haben diese bei entsprechendem Bedarf Zugang zu Corona-Sonderförderungen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden?
3. Falls ja, welche Einrichtungen haben bisher eine solche Förderung beantragt bzw. in welcher Höhe erhalten? Es wird um Auskunft insbesondere zu diesen Organisationen gebeten:

Berufswege für Frauen e.V., Frauen helfen Frauen e.V., Frauenkommunikationszentrum Wiesbaden (KOMZ), Mädchenarbeit Schierstein, Mädchentreff Wiesbaden e.V., Wildwasser e.V., ZORA, SIRONA e.V., Pro Familia, wif e.V..

4. Informiert der Magistrat diese Einrichtungen über Fördermöglichkeiten durch Dritte und unterstützt ggfs. bei der Antragstellung?
5. Wie stellt sich die aktuelle Situation der Wiesbadener Frauenhäuser dar?
6. Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat bereits 2020 das Projekt Hilfesystem 2.0 aufgelegt, welches finanzielle Hilfen - insbesondere für technisches Equipment, aber auch für Honorare für professionelle Dolmetscherdienste für Frauenhäuser und Fraueneinrichtungen zur Verfügung stellt. Ist bekannt, ob auch in Wiesbaden entsprechende Anträge gestellt wurden?

9. 21-F-08-0015

Einrichtung eines Queeren Zentrums in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

Dank der Initiative des Runden Tisches LSBT*IQ Lebensweisen in Wiesbaden entstand ein Arbeitskreis, der ein Konzept zur Einrichtung eines Queeren Zentrums in Wiesbaden erarbeitet hat. Auch nach der Einrichtung der Koordinierungsstelle im Rathaus ruht die Unterstützung der ca. 20.000-köpfigen Community auf ehrenamtlichem Engagement von Vereinen, Gruppen und Initiativen, ohne einen Raum zur Verfügung zu haben. Insbesondere während der Corona-Pandemie sind die Möglichkeiten der Unterstützung einzelner Betroffener noch stärker eingeschränkt. Dem gegenüber steht durch die anhaltende Corona-Pandemie ein wachsender Druck auf die Betroffenen und deren Probleme.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- über das Konzept Queeres Zentrum in Wiesbaden,
- welche Maßnahmen bisher seitens der Verwaltung unternommen wurden, das Projekt zu unterstützen und
- ob hierfür bereits Anmeldungen für den Haushalt 2022/2023 in Vorbereitung sind.

10. 21-F-21-0009

Sichtbarkeit von weiblichen Persönlichkeiten der Stadtgeschichte erhöhen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -

Die Internetseite der Stadt Wiesbaden hält eine Liste Wiesbadener Persönlichkeiten und Geschichten bereit. Vornehmlich handelt es sich um Personen aus Kunst und Kultur sowie Politik und Verwaltung. Leider finden sich unter den genannten 19 Persönlichkeiten 17 Männer und nur 2 Frauen (Romy Schneider und Hilde Müller) - selbst unter Berücksichtigung früherer Gesellschaftsverhältnisse ist diese Auswahl einseitig.

Der Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Liste Wiesbadener Persönlichkeiten mit Blick auf deren geringen Frauenanteil zu überarbeiten. Als Anregung mögen dabei die vielen Artikel über Wiesbadener Frauen der Stadtgeschichte im Stadtlexikon dienen - beispielsweise die Reichstagsabgeordnete und Widerstandskämpferin Toni Sender oder die erste Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt.
- 2) Ideen zu entwickeln, mit denen Frauen der Stadtgeschichte stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt werden, um deren Bedeutung gerecht zu werden.

11. 21-F-08-0016

Finanzielle Ausstattung der frauenspezifischen Beratungsstellen den erhöhten Anforderungen in der Corona-Pandemie anpassen!

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 24.02.2021 -

Bereits in der Ausschusssitzung am 8.9.2020 wurde über den massiven Einschnitt bei den Frauenberatungseinrichtungen durch die Corona-Pandemie berichtet. Einerseits stieg der Beratungsbedarf erheblich, andererseits ist die Arbeit viel aufwendiger. So entstanden und entstehen durch die Nutzung digitaler Medien (für Hardware, Software, Support usw.) sowie für Porti und Versand erhebliche zusätzliche Kosten im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch der Pandemie.

Es mussten und müssen Wege der Beratungsstellen zu den Frauen mit den unterschiedlichsten Anliegen und Bedürfnissen gefunden werden, für deren Kosten die Kommune so wie für andere unverzichtbare Leistungen einen finanziellen Beitrag leisten muss, unabhängig davon, ob eine (völlige) Rückerstattung von Bund oder Land erfolgt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, mit welchen Maßnahmen die Fraueneinrichtungen während der Pandemie unterstützt werden konnten und welche Insbesondere bei anhaltender Corona-Pandemie in Planung sind.

Der Magistrat möge den zusätzlichen Finanzbedarf der Fraueneinrichtungen ermitteln und umgehend Ausgleichszahlungen veranlassen, um die Arbeit dieser Einrichtungen nicht zu gefährden.

12. 19-V-02-8009

DL 57/19-3, 56/19-1 , 53/19-2
ANLAGE

Fachkräftepakt Hebammenausbildung 2020

- Beschluss Nr. 398 der Stadtverordnetenversammlung vom 31.10.2019 -
- E-Mail des Dezernates II vom 16.02.2021 -

13. 19-V-20-0003

DL 10/19-3, 02/19-6
ANLAGE

Mindestfrauenanteil in der Aktiengesellschaft und GmbH mit verpflichtendem Aufsichtsrat

- Beschlussvorschlag der Arbeitsgruppe Mindestfrauenanteil (mit Anlage) -

14. 20-F-08-0028

ANLAGE

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache bei geflüchteten Frauen und Angebote spezifischer psychologischer Beratung und Therapie

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 11.03.2020 -

- Bericht des Dezernates VI vom 20.08.2020 -

- Beschluss Nr. 85 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 03.11.2020 -

15. 20-F-20-0017

ANLAGE

Unterbringung von wohnungslosen (alleinstehenden) Frauen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2020 -

- Bericht des Dezernates VI vom 20.10.2020 -

- Beschluss Nr. 116 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 01.12.2020

- Fragen der SPD-Fraktion vom 08.02.2021 -

16. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

Bereich Allgemeines:

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-05-0050

ANLAGE

Nach dem Ende von Karstadt Sports: Langgasse und Fußgängerzone weiterentwickeln

- Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2020 -

- Bericht des Dezernates IV vom 08.12.2020 -

2. 20-F-21-0043

ANLAGE

Gewalt gegen Frauen

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 27.10.2020 -
- Bericht des Dezernates VI vom 28.12.2020 -

3. 20-V-02-0004 DL 52/20-1
Betreuung der EXINA GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen
4. 21-V-02-8002 DL 08/21-5, 07/21-5
Arbeitsmarktprojekt 'Neue Wege in den Beruf' - Projektverlängerung 2021 bis 2023
5. 21-V-02-8007 DL 08/21-6, 07/21-6
Das RheinRad Wiesbaden
6. 21-V-02-8009 DL 09/21-4
Restart City
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 02.03.2021 -
7. 21-V-02-8010 DL 09/21-5
Sachstandsbericht Masterplan Innenstadt
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 02.03.2021 -
8. 21-V-20-0002 DL 05/21-4
Investitionscontrolling 2020 zum Stichtag 04.01.2021
9. 21-V-20-0003 DL 05/21-5
Neuer Gesellschaftsvertrag der EXINA GmbH
10. 21-V-61-0010 DL 09/21-7
Renovierungsprogramm für die Fußgängerzone (Refit FUZO)

Seite 10 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 2. März 2021

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 02.03.2021 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende